

1 **Beschlussvorschlag Klinikum Links der Weser**

2 **Der Beirat Neustadt möge beschließen:**

3

4 Der Beirat Neustadt fordert die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz
5 auf,

6 1. die essentielle Bedeutung des Klinikums Links der Weser (LDW) für die medizinische
7 Versorgung insbesondere im Bremer Süden und im Bremer Umland sowie der
8 hervorragenden medizinischen Leistungen anzuerkennen,

9 2. das LDW in seinem jetzigen Bestand zu erhalten (Bestandszusicherung) und mittels
10 einer Machbarkeitsstudie zu prüfen, ob über eine zusätzliche Variante in Form einer
11 Baukörperertüchtigung - nach dem Herforder Modell - eine Sanierung als auch
12 Ausbau im Bestand realisierbar ist. In diesem Zusammenhang begrüßt der Beirat
13 Neustadt die Bereitschaft der Senatorin, die Sanierung des Bettenhauses erneut zu
14 prüfen und bittet um Vorlage eines Sanierungsplans,

15 3. gemeinsam mit dem Senator für Finanzen ein Zukunftskonzept für das LDW unter
16 Einbindung des Personals und der Personalvertretung im Rahmen des Runden
17 Tisches zur Zukunft des LDW zu entwickeln, das neben der Bestandszusicherung die
18 Bereitstellung von Haushaltsmitteln (alternativ anderweitige Finanzierung prüfen) und
19 Durchführung von Investitionsmaßnahmen wie den zwingend erforderlichen Neubau
20 des Bettenhauses, Personalakquise, Attraktivierung der Arbeitsbedingungen,
21 familien- und lebensphasengerechte Personalpolitik (Stichwort „Vereinbarkeit von
22 Familie und Beruf“) beinhaltet,

23 4. den Beirat Neustadt an dem Runden Tisch zur Zukunft des LDW zu beteiligen,

24 5. ein Moratorium für die geplanten Verlagerungen Neonatologie, Frauenklinik,
25 Geburtshilfe einzuräumen,

26 6. die Prüfung eines ambulanten Geburtshauses am LDW vorzunehmen und die
27 Ergebnisse beim Runden Tisch zur Zukunft des LDW zu erörtern,

28 7. die Unfallchirurgie sowie die die Fachabteilung Palliativmedizin am LDW zu erhalten,

29 8. keine Fachabteilungen wie die Allgemeine Chirurgie oder die Allgemeine Innere
30 Medizin angesichts der hohen Bedarfe und zur Sicherstellung der medizinischen
31 Versorgung im Bremer Süden zu verlagern oder zu verkleinern,

32 9. kein medizinisches Fachpersonal in die senatorische Behörde bzw. ins
33 Gesundheitsamt zu verlagern,

34 10. das LDW nicht zu privatisieren oder zu veräußern. Das LDW muss eine kommunale
35 Klinik bleiben. Der Beirat Neustadt lehnt eine Lösung für das Klinikum LdW über ein
36 PPP-Modell oder die Privatisierung des Klinikum LdW entschieden ab,

37 11. die finanzielle Beteiligung der niedersächsischen Seite einzufordern und zu
38 verhandeln,

39 12. sich für die Abschaffung der Fallpauschalen sowie der Beitragsbemessungsgrenze
40 einzusetzen und eine gemeinwohlorientierte Krankenhausfinanzierung zu fördern.

41 **Begründung:**

42 Das Klinikum Links der Weser (LDW) ist zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung im
43 Bremer Süden und im Bremischen Umland unverzichtbar. Im Bremer Süden leben über
44 127.000 Menschen, das sind über 22 Prozent der bremischen Bevölkerung, in der Neustadt
45 davon über 45.000. Außerdem zählen große Bereiche des niedersächsischen Umlands
46 insbesondere die Landkreise Diepholz, Verden zum Versorgungsgebiet des LDW. Damit
47 umfasst der Einzugsbereich des LDW über 180.000 Menschen. Da in der Vergangenheit
48 gerade im südlichen Bremer Umland weitere Klinikstandorte geschlossen wurden, kann es
49 durch die Schließung/ Verlegung von Stationen des LDW zu einer Mangelversorgung
50 kommen.

51 Das LDW behandelt pro Jahr etwa 25.000 Patient:innen stationär und teilstationär und ist
52 damit ein notwendiger, fest integrierter Bestandteil der örtlichen Gesundheitsversorgung.
53 Das Rote Kreuz Krankenhaus (RKK) allein kann diese Funktion des LDW nicht
54 übernehmen. Als wohnortnahe Krankenhaus bietet das LDW einen niedrigschwelligen
55 Zugang zu gesundheitlicher Versorgung und ist somit auch unter sozialen Gesichtspunkten
56 unbedingt erhaltenswert. Insbesondere eine wohnortnahe, schnell zu erreichende
57 Notaufnahme ist für junge wie ältere Bewohner:innen von erheblicher gesundheitlicher
58 Bedeutung. Die örtliche Geburtshilfe ist gerade für die vielen jungen Familien in der Neustadt
59 wichtig, eine wohnortnahe Palliativstation fördert die Integration in das Leben im Stadtteil.
60 Angesichts der hohen Geburtenzahlen und Bedarfe muss die Versorgung auch im Bremer
61 Süden sichergestellt werden. Die Delme-Klinik Delmenhorst und auch das KBM sowie das
62 Krankenhaus St. Joseph-Stift liegen für den Bremer Süden zu weit entfernt. Im Übrigen ist zu
63 konstatieren, dass das KBM und das Krankenhaus St. Joseph-Stift relativ nah
64 beieinanderliegen und fast identische bzw. stark überlappende Einzugsgebiete haben. Unter
65 dem Aspekt der gleichwertigen, gesamtstädtischen Versorgung gesehen ist die
66 Konzentration von medizinischen Fachabteilungen wie die Geburtshilfe an zwei
67 benachbarten Standorten in Zentrumsnähe zu Lasten der linken Weserseite nicht
68 sachgerecht und vor allem nicht bedarfsgerecht.

69 Bevor weitere Verlagerungen vom LDW an das KBM umgesetzt werden, wie bspw. die
70 Geburtshilfe, Neonatologie oder die Gynäkologie, ist ein Moratorium sowie eine umfassende
71 und transparente Prüfung und Analyse unbedingt erforderlich.

72 Es ist zu befürchten, dass, sollte es zu einer Schließung der Bereiche kommen, notwendige
73 örtliche Einrichtungen zur Aufrechterhaltung einer ausreichenden Versorgung in der Neustadt
74 fehlen. In diesem Zusammenhang fordert der Beirat Neustadt eine gemeinwohlorientierte
75 Gesundheitspolitik, die die Gesundheit ihrer Bürger:innen vor den reinen Profit stellt und
76 lehnt daher kostenfixierende Fallpauschalen und die das Solidarprinzip verletzende
77 Beitragsbemessungsgrenze entschieden ab.